

Gesucht: Gute Regierungsführung - Schutz von Minderheiten und Menschenrechten in der irakischen Region Kurdistan

Rudolf, Markus

Veröffentlichungsversion / Published Version
Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Rudolf, M. (2017). *Gesucht: Gute Regierungsführung - Schutz von Minderheiten und Menschenrechten in der irakischen Region Kurdistan*. (BICC Policy Brief, 2/2017). Bonn: Bonn International Center for Conversion (BICC).
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-62202-4>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0>

Gesucht: Gute Regierungsführung

Schutz von Minderheiten und Menschenrechten in der irakischen Region Kurdistan

Markus Rudolf \ BICC

Empfehlungen

\ Integrative wirtschaftliche Anreize schaffen

Auffanglager dürfen nur eine Übergangslösung darstellen. Mittelfristig ist ein rascher Übergang zu „Cash for Rent“-Modellen unter dem Dach einer internationalen Organisation, wie zum Beispiel den Vereinten Nationen, nötig. Um langfristig integrative wirtschaftliche Anreize zu schaffen, sollten Mietzuschüsse von Anfang an gewährt und mit beruflicher Bildung, Hochschulbildung und „Cash for Work“-Modellen kombiniert werden.

\ Kleine und mittlere Unternehmen mit einem konfliktensiblen Ansatz fördern

Die Bewertung der regionalen oder lokalen Daseinsvorsorge muss mit profunden Konflikt- und Marktanalysen verknüpft werden. Darauf basierend sollten Erwerbsgrundlagen und Märkte (neu) aufgebaut werden. Statt zu einem ineffizientem Wirtschaftssystem zurückzukehren, gilt es kleine und mittlere Unternehmen besonders zu fördern.

\ Beim Bedarf der lokalen Gemeinschaft ansetzen und Binnenvertriebene, Flüchtlinge und Aufnahmegemeinschaften gleichermaßen einbinden

Maßnahmen der Regionalregierungen zu Förderung von lokaler Integration und Reintegration sollten gefördert werden. Dafür muss in den Aufnahmegemeinschaften die erforderliche zusätzliche Infrastruktur

(Wohnungsbau / Bildung / Gesundheit) geschaffen werden. Dadurch würde die Solidarität mit den Geflüchteten honoriert werden, anstatt soziale Spannungen durch Beschränkung von Hilfe auf besonders schutzbedürftige Gruppen zu erhöhen.

\ Den Schutz der Menschenrechte mit dem Erhalt von Hilfeleistungen verknüpfen

Minderheiten- und Menschenrechtsgarantien, (Wieder-)Eingliederungsprojekte und gute Regierungsführung sollten zur Voraussetzung für Hilfeleistungen gemacht werden.

\ Maßnahmen zur Aussöhnung zwischen den Aufnahmegemeinschaften und den Vertriebenen fördern

Um die Aussöhnung voranzutreiben, sollten alle Aktivitäten mit vertrauensbildenden Maßnahmen verknüpft werden. Im Rahmen von Infrastrukturprojekten sollten Räume der Begegnung zwischen Aufnahmegemeinschaften und Vertriebenen ausgebaut werden. Dabei sind allerdings traditionelle Strukturen ethnisch-religiöser Koexistenz zu berücksichtigen.

\ Psychosoziale Betreuung gewährleisten

Traumata sind weit verbreitet und müssen bei allen Projekten in entsprechenden psychosozialen Maßnahmen Berücksichtigung finden.

Gesucht: Gute Regierungsführung

Schutz von Minderheiten und Menschenrechten in der irakischen Region Kurdistan

Zusammenfassung

Zum Umgang mit den Folgen des derzeitigen Konflikts im Irak ist eine mittelfristige und langfristige Strategie nötig. Beide müssen berücksichtigen, dass infolge zyklisch wiederkehrender Auseinandersetzungen die Handlungsoptionen inzwischen stark eingeschränkt sind. Zudem müssen sie die besonderen historischen und gesellschaftspolitischen Umstände reflektieren. Der Erfolg mittelfristiger Strategien im Umgang mit Geflüchteten und Binnenvertriebenen wird dabei weitestgehend davon abhängen, ob überzeugende langfristige positive Szenarien für die Zukunft des Iraks entwickelt werden, die einen spürbaren politischen und sozioökonomischen Wandel einleiten. Mittelfristig sollten sowohl gute Regierungsführung und der Schutz von Menschenrechten als auch die Eingliederung von Flüchtlingen, Binnenflüchtlingen, ethnischen und religiösen Minderheiten durch Hilfsprojekte honoriert werden. Dabei sollten nicht nur die Vertriebenen, sondern auch die Aufnahmegemeinschaften profitieren. Zudem ist eine nachhaltige und langfristige Konfliktlösung und eine Lösung für einen Rückzug internationaler Akteure unabdingbar, auch wenn die derzeitigen politischen Umstände und militärischen Strategien dies behindern und den Bedarf an externer Hilfe verstärken.

Die kurdische Regionalregierung (KRG) betont, dass sie ethnische und religiöse Minderheiten und Menschenrechte achtet. Dieser *Policy Brief* empfiehlt, auf diese Erklärungen aufzubauen und sie sich zunutze zu machen. Wenn die Einhaltung von Menschenrechten, der Schutz von ethnisch-religiösen Minderheiten und Integrationsbemühungen belohnt würde, könnte ein regional vorbildhaftes Modell geschaffen werden, das letztendlich Nachahmer auf nationaler Ebene finden könnte. Die irakische Region Kurdistan (KRI) dient bereits jetzt als Beispiel für die gelungene Integration von Vertriebenen unterschiedlicher ethnisch-religiöser Gemeinschaften. Binnenflüchtlinge und Flüchtlinge in Lagern, Personen out-of-camps bzw. nicht erfasste Vertriebene sind oft gut in

das Arbeits- und Geschäftsleben integriert. Dieser relativ sichere Hafen für ethnisch-religiöse Gruppen im Irak bietet humanitären und Entwicklungsprojekten Raum, um gute Regierungsführung zu fördern – unabhängig davon, ob zukünftige Szenarien die irakische Region Kurdistan als mehr oder weniger abhängig vom Irak, oder in den Irak integriert sehen.

Zahlenmäßige Entwicklung der Vertreibung

Die Mehrheit der Zwangsvertriebenen im Irak sind Binnenflüchtlinge (IDPs). Im Januar 2017 gab es etwa dreizehnmal mehr Binnenflüchtlinge als Flüchtlinge im Irak: 3.062.808 Binnenflüchtlinge (DTM Datensatz der IOM Mitte März 2017) gegenüber 233.224 syrischen Flüchtlingen (Daten des UNHCR Januar 2017). Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu genießen, da die Region weiter umkämpft ist und die Vertreibung anhält. Vor der aktuellen Militäraktion zur Befreiung der von der Terrormiliz IS besetzten Gebiete einschließlich Mosul, der zweitgrößten Stadt des Iraks, gingen führende UN-Experten von über einer Million zusätzlicher Vertriebenen aus. Entgegen aller Erwartungen hat sich die Zahl der Binnenflüchtlinge jedoch nach ihrem Höhepunkt im März 2016 (mit über 3.400.000 Personen) verringert. Dieser Trend setzte sich selbst nach dem Beginn der Militäraktion fort. Die Zahlen sanken nach ihrem Höhepunkt im März 2016 bis März 2017 um knappe 355.000. Dies erklärt sich vor allem mit der Anzahl der Rückkehrer, die sich seit April 2016 von knapp 116.000 auf über 1.6 Millionen Personen im März 2017 erhöhte. Dabei sind die Gesamtzahlen irreführend. Einzeln betrachtet ergibt sich ein anderes Bild. Durch den Kampf um Mosul wurden von Mitte Oktober bis Mitte März eine Viertelmillion Einwohner vertrieben. Die Lage hat sich durch den ungewöhnlichen Umstand verschärft, dass viele Zivilisten nicht aus der umkämpften Stadt Mosul fliehen konnten.

Historischer und gesellschaftspolitischer Hintergrund

Zwangsvvertreibung im Irak ist mit folgenden historischen und gesellschaftspolitischen Hintergründen verknüpft

- \ Ethnisch-religiöse Spaltung prägt seit langem die lokalen sozialen Gegebenheiten und führte schon seit vorkolonialen Zeiten zu Zwangsvvertreibungen.
- \ Koloniale Verwaltungs- und Grenzziehungsmanöver fachten die aufkeimenden nationalistischen Diskurse über die Zergliederung der Region an.
- \ Seit der Zeit der postkolonialen Nationenbildung vertiefte eine „Teile und Herrsche“ Politik die Gräben zwischen den aktuellen Konfliktparteien.
- \ Die aktuelle Entladung ethnisch-religiöser Spannungen ist untrennbar mit den beiden Golfkriegen und des von den USA angeführten Wiederaufbaukurs im Irak verbunden.
- \ Die Situation im Irak (wie in Syrien) verschärft sich dadurch, dass derzeit auf diesem Schlachtfeld um eine neue Ordnung im Mittleren Osten gerungen wird.

Ethnisch-religiöse Spaltung

Die vergangenen und aktuellen Kämpfe im Irak sind dabei, den Boden für eine neue Runde gegenseitiger Vergeltung zu bereiten. Wieder einmal setzt die internationale Gemeinschaft und die irakische Zentralregierung auf kurzlebige militärische Allianzen statt die dem Konflikt zugrundeliegenden Probleme zu lösen und einen dauerhaften gesellschaftspolitischen Wandel herbeizuführen. Die Geschichte droht sich zu wiederholen und dieselbe sektiererische, klientelistische und/oder diskriminierende Politik, die zur aktuellen Krise geführt hat, fortzusetzen. Die soziale Spaltung und das Misstrauen zwischen den ethnisch-religiösen Gemeinschaften des Iraks verschärfen sich weiter. Mehr denn je ist ein Dialog zwischen den beteiligten nationalen und internationalen Konfliktparteien über eine gesellschaftspolitische Vision für den Irak notwendige Voraussetzung für nachhaltige Hilfe.

Notwendigkeit kohärenter langfristiger Szenarien

Politische Visionen für den Irak waren in der Vergangenheit weder kohärent noch realistisch. Die Realität vor Ort ist durch eine sich vertiefende ethnisch-religiöse Spaltung, wachsende Diskriminierung und Exklusion einerseits und einen politischen Diskurs über einen vereinten Irak andererseits gekennzeichnet. Geht man von dem wahrscheinlichsten Szenario aus, bewegt sich der Irak geradewegs auf eine Kantonalisierung wie in Bosnien-Herzegowina zu: Ethnisch-religiöse Gemeinschaften, vor allem Kurden, Sunniten und Schiiten haben die Gräben zwischen den unabhängigen Verwaltungseinheiten, die sich durch unterschiedliche militärische, politische, rechtliche und wirtschaftliche Gegebenheiten auszeichnen, proaktiv vertieft. Der andauernde Gewaltkonflikt hat nicht nur das ohnehin schon hohe Maß an Hass und Misstrauen erhöht, sondern auch de facto unabhängige Staaten konsolidiert. Eine kohärente Strategie darf die Gegebenheiten vor Ort, z.B. innerhalb der irakischen Region Kurdistan (KRI), nicht ignorieren.

Aktuelle Entwicklungen in der irakischen Region Kurdistan (KRI)

Trotz einer de facto-Autonomie ist Erbil wirtschaftlich, politisch und sozial immer noch stark von Bagdad beeinflusst und mit anderen Teilen Iraks verbunden. Dies zeigt sich sowohl bei dem Wahl des Fluchtziels wie bei der Praxis lokaler Integration. Viele Menschen, die sich derzeit in urbanen christlichen Lagern in Erbil aufhalten, waren zunächst aus Bagdad vertrieben worden, zogen dann in die Ebenen von Mosul und wurden kürzlich erneut zwangsvertrieben. Für zahlreiche wohlhabende Araber, die in den kurdischen Bergen Häuser besaßen oder in Wohnungsbauprojekte in der KRI-Region investiert hatten, verlief der Wohnortwechsel reibungslos. Es gibt privilegierte Viertel in urbanen kurdischen Gebieten, in denen sich viele Vertriebene aufhalten, die auf keiner Binnenflüchtlingsliste stehen. Auch nach der de facto Abspaltung KRIs und des von Daesh / ISIS beherrschten Gebietes von Bagdad kam der Austausch mit anderen irakischen

Regionen nicht völlig zum Erliegen. Bagdad überweist weiterhin das Gehalt an viele IDPs in die KRI, während die Zahlungen an die Regierung (KRG) offiziell ausgesetzt sind.

Die KRI zeichnet sich trotz des allgemeinen Trends der ethnisch-religiösen Spaltung im Irak durch eine einzigartige Situation aus. Während die Region auf nationaler Ebene vom Irak sowohl in politischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht zunehmend eigene Wege ging, haben sich die Alltagsbeziehungen intensiviert. Die Region hat den Zustrom verschiedener ethnisch-religiöser Gruppen bewältigt: Viele sunnitische Araber und Jesiden suchten in der KRI Zuflucht, weil sie die Region schon lange vor der aktuellen Krise in Sachen Demokratie und Entwicklung als vorbildlich ansahen. Angehörige der christlichen Minderheiten fühlten sich dort sicher, während sie in Bagdad Schikanen und Einschüchterung erfahren hatten. Auch der geringe Teil der Angehörigen der schiitischen Minderheiten, der in die KRI gegangen war, fühlte sich dort anscheinend gut geschützt.

Förderung der lokalen Integration und Wiedereingliederungspolitik regionaler Regierungen

Die folgenden Empfehlungen richten sich auf die Förderung guter Regierungsführung und die Wahrung der Menschen- und Minderheitenrechte. Sie bieten mittelfristige Lösungen an, die an lokale Bewältigungsstrategien im Nordirak anknüpfen. Nachhaltige und langfristige Lösungen, etwa für die komplizierte Frage der umstrittenen Gebiete, sind jedoch nur auf internationaler und regionalpolitischer Ebene zu finden:

Integrative wirtschaftliche Anreize schaffen

Auffanglager bieten logistische Vorteile für schnelle und kurzfristige adäquate Lösungen. Diese Vorteile verwandeln sich in Nachteile, wenn die Camps länger als nur kurzfristig genutzt werden. Die jahrzehntelange Erfahrung mit Auffanglagern hat gezeigt, dass sie in Ermangelung von Alternativen schnell zu Dauereinrichtungen werden. Aus diesem Grund

müssen Alternativen so schnell wie möglich gefunden werden. Der UNHCR berichtet, dass das „Cash for Rent“-Modell im Libanon zeigte, dass Vermieter die Vereinten Nationen als zuverlässigen Mieter schätzen und es für Mietpreisverhandlungen vorteilhaft war als Block zu verhandeln. Die Aussicht auf regelmäßige Einnahmen führte zu Investitionen in Wohnungsbauprojekte und die durch Mieten erzielten Einnahmen trugen zur weiteren Stabilisierung einer Wirtschaft bei, die mit den Folgen der Aufnahme großer Bevölkerungsteile zu kämpfen hat.

Bei Ankunft im Nordirak wird deutlich, dass ein solches Modell dort funktionieren kann. Die Landschaft im Umkreis der kurdischen Regionalhauptstädte Dohuk, Erbil und Sulaymaniyah wird von Wohnhochhäusern, extravaganten Villen in abgeschlossenen Wohnsiedlungen und imposanten Wolkenkratzern dominiert — sie alle künden vom wirtschaftlichem Potenzial KRIs. Bei näherem Hinsehen fällt jedoch der große Leerstand auf: die unbewohnten Etagen spiegeln die Hoffnungslosigkeit einer zusammenbrechenden Wirtschaft wider. Potenziale und Herausforderungen stehen nebeneinander: Neubauten grenzen an Rohbaukomplexe an, Autobahnen enden in ungepflasterten Straßen, hinter Hochhäusern erstrecken sich am Horizont Auffanglager.

Wohnraum, Bildung, und Daseinsvorsorge sind diejenigen Themen die Flüchtlinge und auch die Aufnahmegemeinschaften derzeit umtreiben. Insbesondere syrische Flüchtlinge kritisieren die begrenzten Möglichkeiten der Schul-, Hochschul- und beruflichen Bildung. Binnenflüchtlinge und Bewohner von Flüchtlingslagern beklagen zudem den mangelnden Zugang zu sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Einrichtungen. Allerdings hat sich auch für die Aufnahmegemeinschaften die Situation aufgrund der Wirtschaftskrise verschlechtert. So berichteten Mitarbeiter von Hilfsorganisationen, dass bereits die ersten Mitglieder irakischer Aufnahmegemeinden eine Unterbringung in Flüchtlingslagern für Syrer beantragt hätten.

Die Herausforderung hinsichtlich Wohnraum, Bildung und Daseinsvorsorge erfordert einen Sektor übergreifenden, kohärenten Ansatz. Mehrere Binnenvertriebene und Flüchtlinge erklärten vor ihrer Flucht auf den oben genannten Rohbauten und Baustellen gearbeitet zu haben. Durch ein kombiniertes Programm könnten ihre Kenntnisse vor Ort weiterentwickelt, die nächste Generation mit ihnen zusammen geschult, und Ingenieurs- oder Architekturstudenten ausgebildet werden. Von der Kombination einer kontinuierlichen beruflichen Weiterbildung und „Cash-for-Rent“-Modellen würden Vermieter, Investoren, Beschäftigte und Nachwuchskräfte gleichermaßen profitieren und wirtschaftliche Anreize für die gesamte Region geschaffen.

Kleine und mittlere Unternehmen mit einem konflikt sensiblen Ansatz fördern

Wie jede Projektidee in diesem Bereich sind Maßnahmen in eine fundierte strukturelle Bewertung der lokalen Volkswirtschaft einzubetten. Seit dem Baath-Regime wurden die meisten Güter von oder durch staatliche Behörden verteilt. Nahrungsmittel, Bildungsleistungen, Gesundheitsvorsorge, Wohnraum und Darlehen wurden allesamt über den Staat zur Verfügung gestellt. Die kurdische Regionalregierung (KRG) hat diese Politik bis heute fortgesetzt: Alle Haushalte erhalten ihre Nahrungsmittel über PDS (*public distribution service*) Lebensmittelkarten. Große Teile des stark subventionierten Agrarsektors basieren auf einem verzerrten Markt, der in den meisten Fällen keine wettbewerbsfähigen Güter produziert. Die Zahl der Menschen, die direkt oder indirekt von der Regierung beschäftigt werden, ist extrem hoch – laut der letzten zuverlässigen Schätzung war es eine von 2,5 Personen. Dass Staatsbedienstete in einer Region, in der die meisten Menschen direkt oder indirekt von staatlichen Gehältern leben, fast ein Jahr lang keine Gehaltszahlungen erhielten, hatte daher eine katastrophale Wirkung. Nachhaltige Wertschöpfungsketten sind nicht vorhanden und müssten erst neu geschaffen werden. Um sicherzustellen, dass diese in einer integrativen Entwicklung aller Gruppen mündet, sind dabei langfristige Bewertungen von Patronage- und Klientelnetzwerken, „Do no Harm“- und Konfliktanalysen erforderlich.

Beim Bedarf der lokalen Gemeinschaft ansetzen und Binnenvertriebene, Geflüchtete und Aufnahmegemeinschaften gleichermaßen einbinden.

Zu Beginn des Kriegs in Syrien war die Solidarität mit den Geflüchteten in der irakischen Region Kurdistan (KRI) außergewöhnlich hoch. Erinnerungen an persönlich erlebte Angriffe, Vertreibungen und daraus resultierendes Exil führten zu großen Verbundenheitsbekundungen unter Zivilisten und zu spontanen Hilfeleistungen. Zudem wurden Arbeitskräfte benötigt und die syrischen Kurden, die die große Flüchtlingsmehrheit darstellten, wurden für ihre Fertigkeiten geschätzt. Nachdem sie selbst so viele Male Gastfreundschaft in Anspruch genommen hatten, berichteten Befragte der Aufnahmegemeinschaften von dem Gefühl einer moralischen Verpflichtung. Doch wegen der Wirtschaftskrise und mit sich verschlechternden Arbeitsbedingungen entwickelte sich mit der Zeit eine eher feindselige Haltung. Vertriebene, insbesondere die zahlreichen wenig qualifizierten Binnenflüchtlinge, wurden zunehmend für den Verfall der Löhne, insbesondere für Tagelöhner, verantwortlich gemacht. Die Aufnahmegemeinschaften klagten zudem über die Verschlechterung grundlegender Versorgungsleistungen wie Ausbildung, Strom und Sicherheit. Sie hatten Probleme, der Rechtsdurchsetzung zu vertrauen und beschwerten sich über die geringe internationale Unterstützung.

Diese Kritik ist ernst zu nehmen. Die Aufnahmegemeinschaften sollten zur Vermeidung sozialer Spannungen für ihre Solidarität honoriert werden. Um die Auswirkungen der Vertreibungen abzumildern, muss dabei die gesamte Gemeinschaft von der jeweiligen Infrastrukturhilfe profitieren. Hervorzuheben sind insbesondere der Gesundheits- und Ausbildungsbereich. Der Verschlechterung der Leistungen in diesen Bereichen aufgrund der Mehrbelastung durch Flüchtlinge und IDPs kann durch einen auf den Bedarf der lokalen Gemeinschaft ausgerichteten Ansatz entgegengewirkt werden. Wenn Anstrengungen zur (Wieder-)Eingliederung so mit Projekthilfen belohnt werden, könnte sichergestellt werden, dass die Solidarität mit den Vertriebenen nicht weiter abnimmt, sondern einen neuen Aufschwung erlebt.

Den Schutz der Menschenrechte mit dem Erhalt von Hilfeleistungen verknüpfen

Die kurdische Regionalregierung (KRG) bekundet, dass sie ethnische und religiöse Minderheiten und Menschenrechte achtet. Dieses Bekenntnis ist in Beziehung mit den kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen und dem Wunsch nach Autonomie bzw. der Gründung eines eigenen Staates zu setzen und daher mit Vorsicht zu bewerten: Viele Organisationen, unter ihnen Amnesty International, haben die KRG für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Auf keinen Fall sollten solche Verstöße akzeptiert oder zur Herabsetzung von Standards führen. Die Zerstörung arabischer Dörfer und die sexuelle Versklavung von Jesiden durch Daesh / ISIS können nicht gegeneinander aufgewogen werden. Die Vorwürfen sind jedoch erstens im Kontext einer asymmetrischen Kriegsführung sowie strategischer Überlegungen zu bewerten und zweitens hinsichtlich eines entscheidenden Unterschieds: Im Gegensatz zu Daesh / ISIS reagiert die kurdische Regionalregierung durchaus auf Kritik im Zusammenhang von Menschenrechtsverletzungen.

Während der aktuelle bewaffnete Kampf in vielerlei Hinsicht ein kontinuierliches historisches und deshalb eher konsolidierendes, einendes und stärkendes Element der kurdischen Gesellschaft des Irak darstellt, nagt die Wirtschaftskrise an ihren Fundamenten. Veränderungen sind daher derzeit in alle Richtungen denkbar und möglich – auch in Bezug auf internationale Hilfsleistungen und Kooperationen. Vor dem Hintergrund der existierenden Patronage- und Klientelbeziehungen sollte dieses Zeitfenster als positiver Hebel zur Umsetzung von Ansätzen guter Regierungsführung genutzt werden statt den Status quo zu sichern.

Maßnahmen zur Aussöhnung zwischen den Aufnahmegemeinschaften und den Vertriebenen fördern

Die Einstellung kurdischer Politiker und Bürger gegenüber Arabern ist ambivalent. Einerseits konnte der Vorwurf ethnischer Säuberungen (vgl. Amnesty

International, 2016) während unserer Forschung¹ nicht bestätigt werden, andererseits arbeitet die kurdische Regierung seit 2003 daran die Arabisierungskampagne von Saddam Hussein auf allen Ebenen kontinuierlich zurückzurollen. Neben der bekannten Konfliktlinie zwischen Kurden und Arabern gibt es viele weitere Animositäten zwischen und innerhalb der ethnisch-religiösen Gruppen im Irak. Die Feindseligkeiten sind durch eine kollektive Erinnerung geprägt und vergrößern sich aufgrund der aktuellen Ereignisse. Befragt über ihre Flucht- und Rückkehrsaussichten, verwiesen Jesiden, die aus Shingal geflohen sind, auf die Vielzahl von Genoziden in ihrer Geschichte. Der jüngste Krieg hat die ethnisch-religiöse Kluft vertieft und wird das gemeinschaftliche Zusammenleben in der irakischen Region Kurdistan in der Zukunft wahrscheinlich stark beeinträchtigen: „Wie kannst du deinem Nachbarn trauen, der dich betrogen, angegriffen und deine Töchter an den IS verkauft hat,“ fragten Jesiden, die die Angriffe überlebt hatten. „Wir werden so lange warten, bis internationale Truppen unsere Sicherheit garantieren [bevor wir zurückkehren].“

Maßnahmen zur Versöhnung sollten deshalb auf die Strukturen bauen, die es den verschiedenen Gruppen bislang ermöglichten, trotz allem Seite an Seite zu koexistieren. So leben ethnisch-religiöse Gemeinschaften entweder in geographisch getrennten Städten und Dörfern oder in neuen Vorstädten, die wiederum nach wirtschaftlichen Schichten getrennt sind. Statt Gemeinschaften zu zwingen, diese Segregation aufzugeben, könnte eine realisierbare Option die Konzentration auf Begegnungsräume zwischen ihnen sein. Traditionsgemäß gibt es Begegnungsräume für alle ethnisch-religiösen Gruppen. Eine strenge Konfliktanalyse kann beitragen, Barrieren wie Sprache, Religion,

1 \ Dieser *Policy Brief* basiert auf den Ergebnissen eines Forschungsprojekts, das zwischen Februar und Mai 2016 in verschiedenen Orten im Nordirak durchgeführt wurde. Im Rahmen des vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell unterstützten Forschungsprojekts „Protected rather than Protracted: Strengthening Refugees and Peace,“ führten die Forscher Interviews sowie Fokusgruppendifkussionen mit Geflüchteten, Stakeholdern internationaler Organisationen sowie NGOs und Regierungsbehörden durch.

ethnische Zugehörigkeit und sonstige Gruppenmerkmale ebenso wie die Räume in denen sie überwunden werden zu identifizieren. Die Auswahl dieser Räume – wie Schulen und Krankenhäuser – sowie ihre Standorte, Mitarbeiter und Betriebsvorschriften sollten hinsichtlich aller Konfliktpotentiale sorgfältig mit einem Bottom-up-Ansatz überprüft werden.

Psychosoziale Betreuung gewährleisten

In Syrien und im Irak waren Menschen Opfer von Massakern, Inhaftierung, Folter, Entführung, Einschüchterung, Erpressung, Deportation und Enteignung. Viele hatten kein Recht auf Eigentum, keine Ausweispapiere, kurz gesagt, keinerlei Bürgerrechte. Praktisch alle Vertriebenen und die meisten Aufnahmegemeinschaften berichteten von solchen Fällen in ihren Familien. Angesichts dieser Unsicherheit und Gewalt ist die Widerstandskraft, die die Befragten zeigten, bemerkenswert hoch. Allerdings bedeutet dies nicht, dass die Traumata geheilt sind. Es ist davon auszugehen, dass sie sich stattdessen schichtweise überlagert haben.

Die religiöse Minderheit der Jesiden zum Beispiel war Opfer von Übergriffen, Massenmord, Vergewaltigung, Entführung und Versklavung von Seiten Daesh / ISIS. Sie berichten, in den Shingal-Bergen sich selbst überlassen worden zu sein, und fühlen sich in ihrem Kampf zur Befreiung ihrer Frauen und Mädchen im Stich gelassen. Die Tatsache, dass Mütter und Schwestern immer noch in Gefangenschaft und die Aufenthaltsorte männlicher Familienmitglieder nach wie vor unbekannt sind, trägt dazu bei, dass die traumatischen Erfahrungen andauern. Auch wenn das Ausmaß der aktuellen Krise für Außenstehende außergewöhnlich zu sein scheint, ist es hingegen für die Überlebenden lediglich ein weiteres Steinchen im Mosaik: Nach Jahrzehnten des Bürgerkriegs überwiegt im Irak die Auffassung, dass es Hass und Gewalt zwischen ethnoreligiösen Gruppen schon immer gab und geben wird. Wie in einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung leben diese Gruppen immer stärker auf – während Alternativen sich jenseits dieser Frontlinien zu positionieren vermehrt verloren gehen.

WEITERFÜHRENDE LITERATUR

- Abdulrazaq, T., & Stansfield, G. (2016). The Day After: What to Expect in post-Islamic State Mosul. *RUSI Journal*, 161(3), pp. 14–20. Retrieved from <https://doi.org/10.1080/03071847.2016.1184013>
- Amnesty International. (2016). *Banished and Dispossessed - Forced Displacement and Deliberate Destruction in Northern Iraq*. London.
- Bohnet, H., Mielke, K., Rudolf, M., Schetter, C. & Vollmer, R. (2015). *Protected Rather Than Protracted: Strengthening Displaced Persons in Peace Processes* (BICC Working Paper 3/15). Bonn: BICC.
- RTI International. (2008). *Kurdistan Region Economic Development Assessment Final Report*. USAID.
- IOM Displacement Tracking Matrix (DTM). Retrieved from <http://iraqdtm.iom.int>
- Stratfor. (2016). *Why Iraqi Kurdistan Is Struggling to Pay Its Bills*. Stratfor Analysis. Retrieved from <https://www.stratfor.com/analysis/why-iraqi-kurdistan-struggling-pay-its-bills>
- UNHCR. (2017). *Iraq Flash Update*. Retrieved from <http://reporting.unhcr.org/sites/default/files/Iraq%20Flash%20Update%20-%202022JAN17.pdf>

bicc \
Internationales Konversionszentrum Bonn
Bonn International Center for Conversion GmbH

Pfarrer-Byns-Straße 1, 53121 Bonn, Germany
+49 (0)228 911 96-0, Fax -22, bicc@bicc.de

www.bicc.de
www.facebook.com/bicc.de

bicc Bonn
International Center
for Conversion \

Wissenschaftlicher Direktor
Prof. Dr. Conrad Schetter

Kaufmännischer Geschäftsführer
Michael Dedek

AUTOR
Dr. Markus Rudolf
Senior Researcher / BICC

LEKTORAT
Susanne Heinke

LAYOUT
Heike Webb

ÜBERSETZUNG
Angelika Kuske

VERÖFFENTLICHUNG
22. März 2017

KONZEPTION EDITORIAL DESIGN
Diesseits - Kommunikationsdesign, Düsseldorf


JRF
MITGLIED Johannes-Rau-
DER Forschungsgemeinschaft



Except where otherwise noted, this work is licensed under:
cf. creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/